

p.B. 72.9.15.1.- WS/GJA

Bern, 9. Juli 1990

GesprächsnotizBesuch des albanischen Vizeausserministers
Kaplani (K) in Bern am 3. Juli 1990

1. K erläutert, dass sich A der KSZE ferngehalten habe, weil Europa bis vor kurzem aus zwei Machtblöcken bestanden habe, deren Zweck die Erhaltung des Status quo gewesen sei. Nun befreiten sich die Staaten des ehemaligen Ostblocks vom Diktat der UdSSR und verstärkten ihre nationale Identität. K begrüsst dies ebenso wie die Vereinigung der deutschen Staaten, mit der die deutsche Nation von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch mache, sowie die von der EG angestrebte wirtschaftliche und politische Einigung. Gleichzeitig würdigt er den Beitrag, den die Neutralen mit ihrer aktiven Neutralitätspolitik geleistet hätten.

Im Lichte dieses Wandels will A seine bilateralen Beziehungen zu den Staaten in Ost und West verstärken, insbesondere aber vollwertiger Teilnehmer an der KSZE werden. K unterstreicht das Interesse, dass A der Beobachterstatus, den es in Kopenhagen erhielt, weiterhin gewährt werde. A möchte nicht erst am Pariser Gipfel von Ende 1990, sondern bereits bei den Vorbereitungsgesprächen in Wien als "respected observer" mit von der Partie sein. A werde die Uebergangsperiode nutzen, um sich schrittweise den Standards der KSZE anzunähern. Es befinde sich bereits auf dem Weg der Reformen. Ein rasches Aufholen "über Nacht" erscheint K indessen nicht realistisch. A werde den Eintrittsprozess mit einer einseitigen Erklärung besiegeln, welche die Prinzipien der KSZE anerkennt. Es liege Tirana aber daran, nicht bloss ein Lippenbekenntnis abzugeben, sondern das gegebene Wort zu halten. K vermittelt aber keine klaren Vorstellungen, wie A die Bestimmungen zu verwirklichen gedenkt.

Zum Zeitplan erläutert K, dass für A die KSZE-Nachfolgekonzferenz in Helsinki (Herbst 1992) der späteste Zeitpunkt für die volle Teilnahme sei. Man strebe aber an, sie schon früher zu verwirklichen.

2. GRN weist darauf hin, dass die N+N-Staaten seit 1973 im KSZE-Prozess eine Brückenfunktion zu erfüllen vermochten. Die neueste Entwicklung eröffne vielversprechende Aussichten für die Herstellung einer Einheit Europas. Namentlich das Dokument von Kopenhagen stelle eine Errungenschaft dar. In ihm seien Prinzipien niedergelegt, die Orientierungspunkte für den albanischen Demokratisierungsprozess abgeben können. GRN betont, dass bei der Weiterentwicklung der KSZE allen drei Körben gleich grosse Aufmerksamkeit zu schenken sei. Die Suche nach einer neuen Sicherheitsstruktur Europas dürfte am Pariser Gipfel im Vordergrund stehen. Es sei unerlässlich, dass auch

in den Bereichen von Korb 2 und Korb 3 Fortschritte gemacht würden. Die Schweiz ziehe die Intensivierung der KSZE als Prozess einer übermässigen Institutionalisierung mit Zentralsekretariat vor, die die KSZE zu einer Art europäischer UNO werden liesse. Mit regelmässigen Treffen auf Minister- und Expertenebene, ferner mit einer Verifikationsagentur und einem Konfliktverhütungszentrum, das der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten diene, sei die Flexibilität gewahrt. Die Schweiz setze sich dafür ein, dass die 35 Teilnehmerstaaten gleichberechtigt sind und der Konsensmechanismus beibehalten wird. K stimmt dieser Beurteilung zu.

GRN erinnert daran, dass BRF den Bestrebungen A's, sich der KSZE anzunähern, positiv gegenüberstehe. Die Schweiz begrüesse, dass A Beobachter geworden sei und in einer Uebergangsphase um seine Demokratisierung besorgt sei. Voraussetzung für ein volles Mitwirken in der KSZE wird der Rückhalt in einer demokratischen Ordnung sein. GRN deutet an, dass der Anlass der Konferenz von Helsinki 1992 für den Abschluss des Eintritts eine gute Gelegenheit wäre. Die Schweiz sei bereit, A mittels Erfahrungsaustausch zu helfen.

3. Betreffend die Modalität des Eintritts A's in die KSZE betont K, die Konferenz sei keine internationale Organisation, sondern ein Prozess. Folglich erfordere ein Eintritt nicht ein formelles Beitrittsgesuch, über das die Teilnehmerstaaten zu befinden hätten. GRN ruft in Erinnerung, dass die KSZE es unterlassen habe, Regeln zur Aufnahme neuer Staaten zu entwickeln, da alle europäischen Staaten zu den Gründern zählten ausser A (Cf. Ziffern 54, 55 des "Blauen Buches" von 1973). Der Beobachterstatus der KSZE sollte nur eine Uebergangslösung sein.
4. WI bittet um nähere Auskunft über die Reform des Wirtschaftsystems und bemerkt, dass sich K in seinen Ausführungen nie des Begriffs der Marktwirtschaft bedient habe. K. entgegnet, die Philosophie des albanischen Systems sei soziale Gerechtigkeit und die Verhinderung von Ausbeutung. Die Wirtschaftsreform strebe einen "New Economic Mechanism" an, der einen nicht bloss kosmetischen, sondern radikalen Wandel darstelle. Dessen Schlüsselbegriffe seien Management, Verteilung und Partizipation. Man werde die Gesetze des Marktes nicht ignorieren. Die zentrale Wirtschaftslenkung werde zugunsten der Einzelunternehmen aufgehoben. Alle Unternehmen (übrigens vorwiegend kleine und mittlere) seien zurzeit kollektiviert, doch K schliesst nicht aus, dass sie eines Tages privatisiert werden könnten.

Auch der Begriff des demokratischen Pluralismus fehlt in K's Darstellung. Darauf angesprochen, erwähnt er die Einführung des Wahlmodus mit mehreren Kandidaten, ohne sich auf das Dokument von Kopenhagen zu beziehen.

- 3 -

5. Zum Bedarf an Ausbildung räumt K ein, dass es allgemein an qualifiziertem Fachpersonal fehle. A werde sich mit Priorität an die Schweiz wenden, um Hilfe zur Verbesserung des Ausbildungsstands zu erbeten (Experten, Expertisen). K nimmt für A in Anspruch, bezüglich Fremdsprachenkenntnisse ausgezeichnete Voraussetzungen zu bieten (Englisch, Französisch, Russisch, ferner Deutsch, Spanisch, Italienisch).
6. JAC begrüsst seine Gäste zum Arbeitessen und würdigt den tiefgreifenden Wandel in Mittel- und Osteuropa. Hatte bisher die Zweiteilung Europas die Politik gekennzeichnet, so erleben wir heute den Zusammenbruch des realen Sozialismus und der Planwirtschaft. Allerdings bringe ein Umbruch auch Unstabilität mit sich. JAC hofft, dass A ein offeneres Systems aufbauen werde. Die Annäherung in kleinen Schritten sei angemessen; die Demokratie und der Rechtsstaat nach westlichem Standard müssen heranreifen. Politisch sei das Ziel ein Mehrparteiensystem. Wirtschaftlich sei ein dritter Weg zwischen Plan- und Marktwirtschaft (wie ihn noch Vertreter des Prager Frühlings vertraten) nicht gangbar. Die Marktwirtschaft könne nicht ratenweise eingeführt werden.

K greift die Stichworte von JAC auf und gibt zu bedenken, dass sich im ehemaligen Ostblock nach dem zurzeit vorherrschenden Enthusiasmus eine Enttäuschung breit machen könnte. Zur Politik Tiranas meint er, sie sei zwar wagemutig, doch "we haste slowly". Gerade wegen der Neigung zur Politik der kleinen Schritte geniesse die Schweiz im albanischen Volk einen guten Ruf.

Unter den im Verlauf des Essens angeschnittenen Themen ist die regionale Zusammenarbeit der Balkanstaaten erwähnenswert. Diese habe, so K, anfänglich zu einer Ueberszahl von Konferenzen geführt, die in letzter Zeit etwas eingedämmt worden sei. Eine Koordination unter Balkanstaaten biete sich im wirtschaftlichen Bereich und in der Minderheitenfrage an. A habe auch Interesse an der Zusammenarbeit beim Umweltschutz (Binnenseen an den Grenzen zu Jugoslawien und Griechenland; Adria). Der Entwurf einer Balkan-Umweltkonvention sei bereits redigiert.

Die Gespräche fanden statt, bevor wir über den Ansturm von Albanern auf verschiedene ausländische Botschaften in Tirana unterrichtet waren.

S. Winkler

S. Winkler

LX 17. Juli 90 17

p.B. 72.9.15.1(24) - WS

Bern, den 9. Juli 1990

Besuch von Mohamed Kaplani, Vize-Aussenminister
der Sozialistischen Volksrepublik Albanien

Dienstag, den 3. Juli, 1100 - 1400 h.

Teilnehmer

- Albanien:
- Vize-Aussenminister M. Kaplani (K)
 - Botschafter E. Kolaneci
 - A. Papuçiu
 - A. Teha
- EDA:
- Staatssekretär K. Jacobi (nur Mittagessen) (JAC)
 - Botschafterin M. von Grünigen (GRN)
 - Botschafter J. Staehelin (nur Mittagessen)
 - P. Widmer (WI)
 - T. Kupfer
 - P. Maurer
 - B. Nobs
 - S. Winkler

Beiliegend finden Sie eine Notiz über das Gespräch mit dem albanischen Vize-Aussenminister Kaplani, verfasst von Herrn S. Winkler.

Die Unterredung während des Mittagessens, zu welchem Staatssekretär Jacobi eingeladen hatte, ist ebenfalls in der Notiz berücksichtigt. Herr Kaplani stattete ausserdem Bundesrat Felber einen Höflichkeitsbesuch ab.

POLITISCHE ABTEILUNG III


M. von Grünigen

- geht an:
- Bundesrat R. Felber
 - Staatssekretär K. Jacobi
 - Botschafterin M. von Grünigen
 - Botschafter J. Staehelin
 - P. Widmer
 - T. Kupfer
 - P. Maurer
 - B. Nobs
 - S. Winkler
 - BAWI (Botschafter S. Arioli)
 - Oberst J. Schärli, EMD (AFN, GGST)
 - Delegation VVSBM, Wien

- LX 17. Juli 90 17
- Botschaft Ankara
 - Botschaft Belgrad
 - Botschaft Berlin
 - Botschaft Bonn
 - Botschaft Brüssel
 - Botschaft Budapest
 - Botschaft Bukarest
 - Botschaft Den Haag
 - Botschaft Dublin
 - Botschaft Helsinki
 - Botschaft Kopenhagen
 - Botschaft Lissabon
 - Botschaft Luxemburg
 - Botschaft Madrid
 - Botschaft Moskau
 - Botschaft Nikosia
 - Botschaft Oslo
 - Botschaft Ottawa
 - Botschaft Paris
 - Botschaft Prag
 - Botschaft Rom
 - Botschaft Sofia
 - Botschaft Stockholm
 - Botschaft Warschau
 - Botschaft Washington
 - Botschaft Wien